

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Seit einem Jahr gibt es das Hartz IV-Gesetz und die Kritik der Linkspartei.PDS hat sich bestätigt: Durch das Gesetz wurde in erster Linie der Druck auf die Arbeitslosen erhöht, neue Arbeitsplätze wurden nicht geschaffen.

Die so genannten 1-Euro-Jobs werden von den Job-Centern massenhaft eingesetzt, sie sind die schlechteste Form öffentlich geförderter Arbeit. Dabei brauchen wir dringend einen öffentlichen

Exklusiv

aus dem Abgeordnetenhaus



Beschäftigungssektor, in dem die für unsere Gesellschaft notwendige Arbeit geleistet und finanziert wird. Die Arbeit im sozialen Bereich, in der Kultur oder in Jugendprojekten liegt auf der Straße.

Berlins Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf (Linkspartei.PDS), hat kürzlich in der ›Frankfurter Rundschau‹ ein Konzept vorgestellt, das eine Neuorientierung der öffentlich geförderten Beschäftigung beinhaltet und Arbeitslosen eine berufliche Perspektive bietet.

Dafür müsste die Regierung die Leistungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger – das sind die Regelleistungen, Unterkunftskosten und die Aufwandentschädigungen bei Zusatzjob – in Lohnzahlungen, nutzen.

Mit dem Geld, mit dem jetzt die Arbeitslosigkeit finanziert wird, könnten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in einem öffentlichen Beschäftigungssektor geschaffen werden. Dies wäre ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument.

Elke Breitenbach, MDA

Gemeinsam stark

Erste Versammlung der Neuköllner Linken einigt sich auf gemeinsame Aktionen



Viele interessierten sich für das erste Treffen der Linken Neuköllns

Foto: privat

Gemeinsame Aktionen gegen die Bolkestein-Richtlinie und die Fortsetzung der Kooperation waren das Ergebnis des ersten Treffens der Linken Neuköllns.

Fast 100 Menschen waren am 21. Januar in die Albert-Schweitzer-Oberschule an der Karl-Marx-Straße gekommen, um an der Versammlung der Neuköllner teilzunehmen. Neben Mitgliedern von WASG, DKP und Linkspartei.PDS, die zu dem Treffen eingeladen hatten, fanden sich auch zahlreiche Gewerkschafter, parteilose Linke und mindestens ein bekennender Sozialdemokrat ein. Drei Stunden lang diskutierten sie die Perspektiven linker Politik im Bezirk.

Nach der Begrüßung durch das Moderatorenteam lieferte Andreas Fuhs (DKP) Klartext zur Arbeitsmarktsituation, den Folgen von Hartz IV sowie dem Missbrauch von 1-Euro-Jobs. Die Linke müsse den Kampf um soziale Reformen aufnehmen, forderte er und benannte konkrete Ziele wie die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse anstelle von 1-Euro-Jobs, ein Sozialticket zum Preis von 18 Euro, die Verhinderung von Zwangsumzügen als Folge von Hartz IV und einen Privatisierungsstopp.

Als ›schärfsten Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer‹ bezeichnete Ruben Lehnert (WASG) in seinem Beitrag die Bolkestein-Richtlinie. Die

Einführung des Herkunftslandprinzips auf dem Dienstleistungssektor werde zu einem europaweiten Lohn- und Sozialdumping führen. (Siehe auch Seite 4) »Stoppen wir Bolkestein jetzt«, forderte er und leitete so die erste Diskussionsrunde ein.

In der ging es vor allem um Strategiefragen, um Streiks oder Demonstrationen, die Einbindung der Gewerkschaften und der SPD. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die wichtigste Aufgabe die Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen der Bolkestein-Richtlinie sei. Was die Linke in Neukölln gegen die Folgen von Hartz IV unternehmen und wie man Betroffenen helfen könne, war ebenfalls Thema.

Für die Diskussion zur Gesundheitspolitik blieb im zweiten Teil der Veranstaltung nur wenig Zeit. Volker Gernhardt (Vivantes) schilderte die Situation an den Berliner Kliniken und die Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals. Kritische Fragen gab es zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst und der Haltung der Linkspartei zu Privatisierungen im Gesundheitswesen. Die gemeinsame Abschlusserklärung (siehe auch Seite 3) fand die Zustimmung aller Teilnehmer.

Christian Posselt

Mitglied des Bezirksvorstandes der Linkspartei.PDS Neukölln

Bericht von der BVV-Sitzung am 25. Januar

Neues Jahr – neues Glück?

Optimismus verbreitend eröffnete Stefanie Vogelsang (*stellvertretende Bürgermeisterin, CDU*) die Sitzung. Bürgermeister Heinz Buschkowsky war nicht anwesend. Es kann nur besser werden, meinte sie und verwies auf die steigende Zahl der Hartz IV-Empfänger in Neukölln, die hohe Inflationsrate und die vielen Geschäfte, die das Jahr nicht überstanden haben. Sie riet, voraus zu schauen und Ärmel hoch zu krempeln und bat, dass die Anwesenden trotz allem Aktionismus, fair im Wahlkampf miteinander umgehen sollten.

Mündliche Anfragen

Die mündlichen Anfragen beschäftigten sich mit der Umbenennung der Britzer Brücke (*Grüne*), der Aufwärmöglichkeiten für Obdachlose (*FDP*), der Sucht- und Drogenberatung (*Linke.PDS*), Gewalt an Schulen (*CDU*) und der High-Deck-Siedlung (*CDU*).

Große Anfragen

FDP-Fraktionsvorsitzender Sebastian Kluckert fragte nach der Existenz eines Glaubenskrieges in den Neuköllner Kitas. Dabei bezog er sich auf Speisevorschriften bzw. -verhalten, die eine Diskriminierung der Kinder untereinander hervor riefen. Eigentlich fragte er nicht, er ging schlicht davon aus, dass es so etwas gäbe. Er habe darüber gelesen und da in Neukölln so viele »Ausländer« lebten, müsse es bei uns so etwas auch geben. Stadtrat Wolfgang Blesing (*SPD*) erläuterte das Speiseangebot der Kitas und klärte ihn über die Essgewohnheiten der Kinder, Tischsitten und gesunde Ernährung

auf. Schweinefleisch stehe nicht auf dem Speiseplan, sondern gesundes Essen mit viel Gemüse. Einzelfälle von Diskriminierung könne man nie ausschließen, wichtig sei die richtige Reaktion darauf.

Die gescheiterte Erweiterung der Gropiuspassagen war Thema bei der CDU. Die stand schon immer auf dem Standpunkt, dass das Center die Kaufkraft aus dem Norden Neuköllns abzieht. Ein erstaunlicher Sinneswandel, denn unter Bürgermeister Manegold (*CDU*) konnten sich die Passagen immer und immer wieder ausbreiten, ohne auf den Flächennutzungsplan Rücksicht zu nehmen. Die Linke.PDS ist jedenfalls froh, dass auch bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein Umdenken eingesetzt hat. Nun sollen innerstädtische und sozialraumbezogene Nahversorgungszentren gestärkt werden.

Die CDU-Fraktion fragte nach der Nachnutzung des Kindl-Geländes. Baustadträtin Stefanie Vogelsang (*CDU*) schwelgte in bunten Erwartungen. Es habe sich ein Investor gemeldet, der spannende Ideen habe. Wer und was genau, sagte sie nicht. Aber das kennen wir ja schon. Die alte Post in der Karl-Marx-Straße steht immer noch leer und was

hatte Frau Vogelsang damals nicht alles vorgeschwärmt. Warten wir es erstmal ab.

Bei der Nachfrage der Fraktion Linke.PDS nach den Auswirkungen der Bolkestein-Richtlinie auf Neukölln blieb Vogelsang locker: »Natürlich wird die Richtlinie so nicht beschlossen. Dafür wird unser aller Kanzlerin schon sorgen. Ich verstehe ihre Panikmache gar nicht.« Angie wird's also richten. Na denn gute Nacht!

Sylvia Stelz, Fraktionsvorsitzende

Bericht
aus der



Bezirks-
verordneten-
versammlung

Kurznachrichten aus Neukölln

»Rathausrallye mit der Fledermaus«

Das Neuköllner Kinderbüro lädt vom 2. Februar bis 9. März 2006 zur siebten Rathausrallye mit der Fledermaus ins Rathaus Neukölln ein: Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr, Kinder ab 10 Jahren, Jugendliche und Erwachsene, auch Schulklassen ab der 4. Jahrgangsstufe, Foyer, 2. Etage, Karl-Marx-Str. 83.

Während der Rathausrallye werden die jungen Menschen gezielt durch die Strukturen der Bezirksverwaltung geführt. Die ortserfahrene Fledermaus, die im Rathaus Neukölln überwintert, begleitet die Besucher bei den Einblicken in »Amtsstuben« und auf den Wegen durch das »Labyrinth« von Rathausgängen.

Ziel der Aktion ist es, Kinder und Jugendliche für die gesellschaftlichen und politischen Aufgaben in ihrem Bezirk zu interessieren

Kontakt und Anmeldung: Neuköllner Kinderbüro, Mittelweg 30, 12053 Berlin, Tel.: 68 08 86 09 (AB), Fax: 8 08 86 17

Anträge – Was wurde daraus?

Beschlossen

- Management für vitale Geschäftsstraßen (*Grüne*)
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (*Linke.PDS*)
- Hartz IV – Rahmenvereinbarung umsetzen (*Grüne*)
- Einbahnstraße am Richardplatz (*Linke.PDS*)
- Fußgängerquerungshilfe in der Innstraße (*SPD*)
- Netzwerk Altenhilfe (*CDU*)
- Arabische Bibliothek (*SPD*)
- Historische Bilder im U-Bahnhof Hermannplatz

Überwiesen

- Komödie nach Neukölln (*CDU*)
- Schulessen ohne Ausgrenzung (*CDU*)
- Tempo 30 in der Karl-Marx-Straße (*Grüne*)
- Gehwegparken im Rohrdommelweg (*SPD*)
- Kranksein in der Fremde – sprachlos im Sprechzimmer (*Grüne*)
- Mehr Luftgüte-Messstationen im Bezirk (*Grüne*)

Schlussberichte

- Ampelschaltung Hermannstraße (*SPD*)
- Radrouten-Masterplan (*Grüne*)
- LZA Rudower Straße/Neuköllner Straße (*SPD*)
- Durchfahrverbot für LKW in der Hannemannstraße (*SPD*)
- Problem durch den Median (*Linke.PDS*)
- Längere Öffnungszeiten zur Fußball-WM (*CDU*)
- Sozialticket (*Linke.PDS*)

* Alle Unterlagen zur BVV sind im Fraktionszimmer, Rathaus Raum A 307, einzusehen.

Für eine starke Bewegung

Erklärung der ersten Versammlung der Linken in Neukölln



Blick auf das Podium

Foto: privat

Wir, die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Versammlung der Linken in Neukölln, erklären:

Neukölln ist einer der ärmsten Stadtteile von Berlin. Wir wehren uns gegen jede Politik, die weitere Verarmung und Ausgrenzung mit sich bringt. Wir fordern stattdessen mehr Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit.

■ Hartz IV bedeutet weitere massenhafte Verarmung im Stadtteil Neukölln.

■ Die geplante Bolkestein-Richtlinie bedeutet EU-weit Lohn- und Sozialdumping.

Wir begrüßen daher den erfolgreichen Streik der europäischen Hafendarbeiterinnen und Hafendarbeiter gegen das EU-Gesetz ›Port Package II‹, das Lohn- und Sozialdumping in den Häfen bedeutet hätte.

Daran nehmen wir uns ein Beispiel und beteiligen uns:

■ an den geplanten Protesten gegen die Bolkestein-Richtlinie in Berlin und Straßburg;

■ an den geplanten Protesten gegen die große Koalition im April in mehreren Städten.

Unser Ziel ist dabei, die außerparlamentarische Bewegung in unserem Bezirk zu verankern.

Um die Öffentlichkeit zu informieren und zu mobilisieren, rufen wir zu einer gemeinsamen Kundgebung am 28. Januar um 11 Uhr auf dem Platz der Stadt Hof auf.

Wir streben eine dauerhafte, breite und offene Debatte über Inhalte und Möglichkeiten linker Politik in unserem Bezirk an. Wir wollen dabei an den Sorgen und Problemen der Menschen vor Ort anknüpfen

und mit ihnen gemeinsam Gegenwehr gegen die derzeitige und durch die große Koalition noch forcierte neoliberale Politik organisieren. Dazu planen wir weitere gemeinsame öffentliche Veranstaltungen und Kundgebungen.

Wir fordern:

■ Hartz IV muss weg. Erwerbslosigkeit darf nicht zu Armut führen.

■ Zwangsumzüge von Erwerbslosen müssen verhindert werden.

■ Ein Sozialticket für höchstens 18 Euro. Mobilität ist ein Grundrecht.

■ Eine vernünftige, finanziell untersetzte Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik.

■ Stopp der Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Überprüfung bereits erfolgter Privatisierungen.

■ Rückführung des Krankenhauses Neukölln in öffentliche Verwaltung.

Wir fordern alle Neuköllner Linken auf, das Einende und nicht das Trennende in den Vordergrund zu stellen, um auf dieser Basis eine starke Bewegung für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Wir laden alle interessierten Neuköllnerinnen und Neuköllner ein, sich der Mobilisierung anzuschließen und die Versammlungen der Linken in Neukölln zu besuchen. Berlin-Neukölln, 21. Januar 2006

Ansprechpartner: www.dkp-neukoelln.de,

www.pds-neukoelln.de, www.w-asg-neukoelln.de

Ermutigender Anfang

Zitate vom Treffen der Linken

» Viel Gerede, viel Wahlkampf, wenig Konkretes. Bolkestein ist eine echte Bedrohung. Die Linke muss jetzt aus den Puschen kommen! «
Maren (DKP)

» Ein ermutigender Anfang. Jetzt müssen weitere Aktionen zwischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Gruppen vereinbart werden. «
Klaus-Dieter (WASG)

» Die Frage ist: Wie verhält sich die Linkspartei zu der Politik, die gerade in Berlin betrieben wird? Ich erwarte einen Ausstieg aus der Koalition. «
Helmut

» Die Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin hat gezeigt, dass es möglich ist, auch bei leeren Kassen, soziale Politik zu machen, wie z.B. die Einführung eines kostenlosen Kita-Jahres. «
Julia (Linke.PDS)

» Für das erste Mal: Hervorragend! Es waren noch zu wenige Leute hier, aber vielleicht werden es beim nächsten Mal mehr. Wichtig ist, dass die Bewegung über die drei Parteien hinauswächst. «
Herbert (WASG)

Angstfaktor Europa

Es gab eine Zeit, da stand Europa für wirtschaftlichen Aufschwung. So war es ganz zu Anfang, als die Gründerstaaten eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl gründeten, weil sie in der gemeinsam organisierten Versorgungssicherheit den Schlüssel zu Frieden und Versöhnung sahen. So war es auch noch in den 80er Jahren, als der europäische Binnenmarkt in der gesamten Union das Wachstum beförderte. Die Bundesrepublik, ein leistungsstarkes und hoch wettbewerbsfähiges Land, gehörte wirtschaftlich zu den größten Nutznießern.

Objektiv gilt das auch heute noch: Der Exportweltmeister Deutschland profitiert wie kein anderes Land von den offenen Grenzen und den einheitlichen Regeln in der erweiterten Europäischen Union. In den Augen der deutschen Bürger hat sich die Rolle Europas dennoch auf erschreckende Weise verwandelt. Für die vielen

Deutschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, ist die EU zum Angstfaktor geworden. Auf eindrucksvolle Weise belegt das eine Umfrage der EU-Kommission selbst: 84 Prozent der Deutschen haben Angst davor, dass Arbeitsplätze in EU-Länder mit geringeren Lohnkosten verlagert werden. Fast zwei Drittel befürchten außerdem, dass die europäische Einigung mit dem Verlust sozialer Standards einhergeht.

Das sind verheerende Zahlen. Sie zeigen auf eine Legitimationskrise in Europa, die über den oft beklagten Mangel an Demokratie und Transparenz in Brüssel weit hinausreicht. Europa muss seinen Bürgern nutzen und ihnen diesen Nutzen begreiflich machen. Wenn das nicht gelingt, ist die Gemeinschaft in ihrer Existenz gefährdet.

Berliner Zeitung vom 26. Januar 2006

Bolkestein – Was'n datt?

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird auch Bolkestein-Richtlinie genannt, da sie auf den ehemaligen EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein zurückgeht. Sie soll den Dienstleistungsbereich innerhalb der Europäischen Union liberalisieren. Davon betroffen sind nicht nur klassische Dienstleister wie beispielsweise Frisöre, sondern auch die öffentliche Daseinsvorsorge wie Altenheime, Verkehrssysteme und Müllabfuhr, selbst Kindergärten und Universitäten.

Hauptbestandteil der Richtlinie ist das Herkunftslandprinzip. Unternehmen, egal in welchem Land der EU sie ihre Dienstleistung anbieten, arbeiten zu den Bedingungen, die in ihrem Herkunfts-

land gelten. Also bezahlt ein Unternehmen mit Sitz in Italien seine Arbeiter zu den Konditionen, die dort gelten, auch wenn die

Dienstleistung in einem anderen EU-Land angeboten wird. Konkret bedeutet das: Löhne in Italien oder Polen sind bedeutend niedriger als in England, Frankreich oder Deutschland. Dadurch entsteht ein europaweites Lohn-dumping.

Viele befürchten, dass es dadurch auch zu einem unfairen Wettbewerb kommt, denn Unternehmen könnten sich dort ansiedeln, wo die Umweltstandards am geringsten sind, oder die Löhne am niedrigsten. Das könnte zur Folge haben, dass auch in Deutschland viele

Standards gesenkt würden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

Julia Wiedemann



AG Bildung

23. Februar 2006, 19 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz

Diskussionsveranstaltung
Thema: Eine Schule für alle?!

mit

Harald Mier,

*Sprecher der Vereinigung der
Oberstudiendirektoren des Landes
Berlin e.V.*

S. Schlüsselburg,

*Mitarbeiter der Fraktion
Linkspartei im AGH*

Renate Irrgang,

*Sprecherin der IG Schule und
Bildung Linke.PDS Berlin*

IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 2.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 27. Januar 2006

*Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen
nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!*

Neuköllner Termine für Februar

Dorfschule Rudow

12. Februar, 16 Uhr
Puppentheater Beljajew

Museum Neukölln

14. Februar, 18 Uhr
Film und Gespräch M. Eschenbach
»Eigentlich sind wir von hier«

Gemeinschaftshaus

16. Februar, 15 Uhr
»Berliner Schnauze kleinkariert«
18. Februar, 20 Uhr
Kabarett Konfetti

Saalbau Neukölln

25. und 26. Februar, 20 Uhr
dosymas, en el camino
28. Februar, 10.30 Uhr
Platypus, Angstmän

Galerie Olga Benario

16. Februar, 19.30 Uhr
»Die Mutter und das Schweigen«,
DEFA-Film in zwei Teilen
3. März, 19.30 Uhr
»Widerstand und Solidarität«
Ein Abend mit Liesl Jäger

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

10. + 24. Februar, 17 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

Treffen der Junge Linke.PDS Neukölln

15. Februar, 17 Uhr
Thema: Rechtsextremismus in Rudow
Referent: Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus (mbr)
Geschäftsstelle Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

24. Februar, 19 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

Fraktionssitzung

13. + 20. Februar, 17 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BVV

22. Februar, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

Redaktionssitzung

10. + 24. Februar, 9 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

AG Hartz IV

28. Februar, 17 Uhr
GS Richardplatz

AG Kultur

9. Februar, 18 Uhr
Arbeitstreffen
14. Februar, 19 Uhr
Schreibwerkstatt
21. Februar, 19 Uhr
Videoabend, »Kurz + Schmerzlos«

AG Migration

17. Februar, 15 Uhr

AG Bildung

23. Februar, 19 Uhr

alle AGs am Richardplatz 16

Info-Stand/Zeitung verteilen*

* je nach Witterung
18. und 25. Februar
Treff jeweils in der Geschäftsstelle
um 10.30 Uhr

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich

im Februar

Musa Aktas

Evrin Baba

Armin Kügling

Meral Sahih

Gunter Weiß

Christian Henseler